

Nachhaltige Investitionen: Die Hausaufgaben der Politiker

Rudolf Rechsteiner, Nationalrat, Basel-Stadt¹

Meine Damen und Herren

Die zweite Säule steckt unübersehbar in einer Krise. Die Börsenbaisse hat zu einer starken Verunsicherung der Versicherten und der Anleger geführt. Die Politik muss zur Zeit mehrere Hausaufgaben gleichzeitig lösen, nämlich:

- Sicherung der Renten
- Neuregelung der Transparenz
- Neuregelung der Schwankungsreserven und der Anlagevorschriften
- Anpassung an veränderte versicherungstechnische Grundlagen
- Anpassung des Obligatoriums an zeitgemässe Erwerbsbiografien durch Neudefinition des Koordinationsabzugs.

Nachhaltig investieren heisst, das Vermögen sorgfältig zu verwalten, angemessene Erträge zu erzielen und dies mit Investitionen, die zur Zukunftssicherung beizutragen. Das ist sehr einfacher gesagt als getan und es gelingt nur, wenn viele Akteure gut zusammenspielen.

Bern befindet sich zur Zeit in einer Phase des Krisenmanagements. In den guten Zeiten wurden in manchen Kassen Buchgewinne und Reserven zweckentfremdet.

Überschüsse wurden abgezweigt für Prämienrabatte, meistens zugunsten der Arbeitgeber, für überrissene Verwaltungskosten, für Managerentschädigungen und für Goldene Fallschirme.

¹ Rudolf Rechsteiner, Dr.rer.pol., ist Mitglied der UREK (Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie) und Dozent für Umweltpolitik an der Uni Basel im Nebenamt. Im April 2003 erscheint sein Buch „Grün gewinnt – die letzte Ölkrise und danach“, Orell Füssli Verlag, SFr. 29.--

Natürlich gibt es innerhalb der Branche grosse Unterschiede, gute und schlechte Praktiker. Immerhin muss man feststellen, dass die paritätische Finanzierung durch die einseitigen Prämienrabatte unterlaufen wurde, geltendes Recht wurde verletzt.

Heute ist die Vertrauenskrise bei den Lebensversicherungen unübersehbar, und es rächt sich nun, dass sie sich während Jahren dagegen wehrten, Transparenz über die Erträge, Reserven und Verwaltungskosten zu schaffen, obschon dies seit 1985 vorgeschrieben war.

Nicht zu übersehen ist aber auch, dass in zahlreichen autonomen Kassen und auch bei den Lebensversicherungen Hunderte und Tausende von Vermögensverwaltern ihre Arbeit seriös wahrgenommen haben und das Geld pflichtschuldig verwalteten. Die Missbräuche aus der Vergangenheit sind nicht zuletzt deshalb entstanden, weil es im Gesetz Lücken gab und weil die Politik während Jahrzehnten reformunwillig war.

Die heutige Krise beinhaltet die Chance für echte Reformen. Der Wille dazu ist über die Parteigrenzen hinweg spürbar. Wir wollen die Verwaltungskosten sauber ausweisen und Vorkehrungen gegen die Bereicherung von Versicherungen und Vermögensverwaltern treffen. Transparenz für die Versicherten soll kein leeres Wort mehr bleiben und Insidergeschäfte müssen verboten werden.

Welche Reformen gilt es anzupacken?

Der Reformbedarf beschränkt sich aber nicht bloss auf Vollzugsfragen. Die Opportunität des Kapitaldeckungsverfahrens steht generell zur Diskussion.

Europa im allgemeinen und die Schweiz im speziellen stecken in einer Wachstumskrise, Diese hängt zum Teil direkt mit dem Kapitaldeckungsverfahren zusammen. Die Wirtschaft lebt bekanntlich von den Ausgaben, also von Konsum und Investitionen und nicht vom Geld, das nicht ausgegeben wird.

Heute diktiert das Gesetz hohe Zwangsparsnisse, und dies wirkt rezessiv. Jährlich werden rund 5% des BIP mehr gespart als investiert.

Das heisst der Wirtschaft wird Geld einerseits Geld entzogen und damit die Nachfrage gesenkt. Andererseits geraten die Pensionskassenverwalter in Anlegenot. Sie können die Milliardenersparnisse nicht

mehr vernünftig investieren, weil die Wirtschaft nicht wächst und Neuinvestitionen keinen Kreditbedarf generieren.

Die Mechanik ist sehr einfach. Es ist das Einmaleins des Wirtschaftskreislaufs, wie es seit Keynes in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung gelehrt wird. Alle möchten gerne Deckungskapital erwerben, also reich werden. Das Deckungskapital steht auf der rechten Seite der Bilanz und soll möglichst gross werden. Und dieser Zahl sollen auf der linken Seite der Bilanz möglichst grosse Werte entgegenstehen, also Aktiven.

Umgekehrt sind die Aktiven aber nur etwas wert, wenn sich auch jemand dafür verschuldet, also mit den Werten Geld verdient. Die Pensionskassenverwalter haben in den letzten Jahren gelernt, dass nicht bloss schöne Zahlen in der Bilanz, sondern die Erträge dahinter den eigentlichen Wert bilden, also Mietzinsen aus Liegenschaften, Dividenden aus Aktien, Zinsen aus Obligationen usw.

Werden die Guthaben nicht oder nur noch sehr bescheiden verzinst, weil die Nachfrage nicht da ist, entsteht Kapitalvernichtung.

Wir haben in den letzten zwei Jahrzehnten zwei dramatische Zyklen mit Boom und Kapitalvernichtung erlebt, nämlich in den 80er Jahren den Immobilienboom, der 1991 zusammenbrach, und in den 90er Jahren den Aktienboom, der im Jahre 2000–2003 ein Ende fand.

Wir stehen heute vor der dramatischen Frage, ob wir das Gleichgewicht der drei Säulen nicht modifizieren sollten. Wenn es nicht gelingt, das Wachstum anzukurbeln, sollten wir der Wirtschaft auch kein neues Geld für Investitionen bereitstellen, denn es wird ja gar nicht investiert.

Erweist sich die Wachstumskrise als dauerhaft, sollte das Zwangssparen zurückgefahren werden. Dann muss das verfassungsmässig Leistungsziel der Fortsetzung der gewohnten Lebenshaltung in Zukunft wieder vermehrt über die AHV angestrebt werden, zum Beispiel durch eine Aufstockung oder Volldynamisierung der AHV-Renten. Das BVG wäre entsprechend ein Stück weit zurück zu fahren, sodass die Ersparnisse auf ein konjunkturverträgliches Mass absinken.

Ein Stück weit geschieht dies in den nächsten Jahren automatisch, dank der steigenden Rentnerzahlen. Die höhere Rentnerquote ist – aus der Warte der volkswirtschaftlichen Ungleichgewichte – nicht ein Problem, sondern ein Segen, denn sie bewirkt endlich, dass ein Teil des riesigen Deckungskapitals endlich wieder dem Konsum zugeführt wird und damit neue Wertschöpfung generiert.

Trotzdem sind die Chancen gering, dass sich das Problem der Anlagenot, also der fehlenden Investmentmöglichkeiten, aus demographischen Gründen ganz von selber löst. Wir sollten uns Gedanken darüber machen, ob die Ersparnisse der 2. Säule nicht verstärkt zyklisch gestaltet werden könnten. Das hiesse: höhere Beiträge in der Hochkonjunktur, tiefere in der Krise. Keine einfache Aufgabe, wenn man ein bestimmtes Leistungsziel im Auge behalten will, aber in einem Beitragsprimat auch nicht völlig unmöglich. Niemand hat Freude daran, und wahrscheinlich nicht zuletzt die Vermögensverwalter, wenn die Gelder in Scheinanlagen gesteckt werden, die sich später als Seifenblasen erweisen.

Wenig Reformwillen

Die bürgerlichen Parteien wollen allerdings in die umgekehrte Richtung marschieren. Sie wollen die AHV-Renten eher kürzen als aufstocken und lehnen jegliche Umverteilung ab. Die einzige Umverteilung, die aus ihrer Warte zur Alterssicherung *politically correct* ist, sind die Zinsen auf dem Vermögen.

- Was aber, wenn das Vermögen einer Volkswirtschaft ganz einfach zu klein ist, um das versicherungstechnische kalkulierte Deckungskapital zu absorbieren?
- Was, wenn das Pensionskassenvermögen so schlecht rentiert, dass fehlende Zinsen über höhere Beiträge nachgezahlt werden müssen?
- Was, wenn in der Schweiz oder in ganz Europa die japanische Krankheit ausbricht, weil Schuldenbremsen und Spardiktate die Konjunktur dauerhaft zusammenstauchen?

Eine Veranstaltung, die sich mit nachhaltiger Investmentpolitik auseinandersetzt, muss sich diesen Fragen stellen, und die Antworten sind nicht einfach.

Vor allem sollten wir uns die heute geltenden gesetzlichen Mechanismen in Erinnerung rufen:

Der geltende Mischindex führt zu einer kalten Degression der AHV. Die Neurenten werden jeweils nur zur Hälfte an die Lohnentwicklung angepasst, zur Hälfte an die Preisentwicklung. Dies hat seit 1980 zu einer Einbusse bei den AHV-Renten von 6% geführt, während sich das absolute und relative Gewicht der Alterssicherung in Richtung 2. Säule verschob. So viel sind die Neurenten heute weniger wert, gemessen an den Salären, die frisch pensioniert werden.

Diese Tendenz, die Erosion der 1.Säule, muss gestoppt werden. Nein, es geht hier nicht um Sein oder Nichtsein der 2. Säule, sondern um Feinsteuerung und Einhaltung der Sozialziele der Bundesverfassung.

- Die Volldynamisierung der AHV ist anzustreben.
- Umgekehrt müsste man die Altersgutschriften etwas absenken.
- Der Einbezug der tiefen Löhne in die BVG-Sicherung muss kommen. Grundsätzlich bin ich der Meinung, dass jeder Lohn, also auch kleine Löhne sowohl im AHV als auch im BVG zu versichern ist.
- Umgekehrt sind die überobligatorischen Leistungen und die Entwicklung zu immer mehr Kapitalauszahlungen zu bremsen. Nicht jede Rente ist sozial. Rentenansprüche von über 100'000 SFr. pro Jahr können getrost an die 3. Säule delegiert werden.

Wie kommen wir zu mehr Nachhaltigkeit bei den Investments?

Wie können wir dafür sorgen, dass Investitionen der 2. Säule vermehrt der Zukunftssicherung dienen?

Grundsätzlich sind nachhaltige Investitionen nur erfolgreich, wenn auch die Umweltpolitik gute Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Entwicklung festlegt. Hier liegt in der Schweiz vieles im Argen.

- In der Politik regiert die Mutlosigkeit.
- Überzeugende Konzepte des ökologischen Umbaus werden nur im Ausland praktiziert. Dänemark, Deutschland und Spanien sind als Beispiel zu nennen, die alle drei von weltweiter Bedeutung sind.

In der Schweiz hingegen regiert eine Elektrizitätswirtschaft, die sich in die Kernenergie verrannt hat. Milliarden an Forschungsgeldern und Quersubventionen fliessen weiter in diese technologische Sackgasse, und höchstens ein Volksentscheid am 18.Mai kann diese Misswirtschaft beenden und den Weg frei machen für den ökologischen Umbau.

Die FDP und die CVP wetteifern mit der SVP um Steuersenkungen und Bankgeheimnis, dabei drohen die „Fundamentals“ in Vergessenheit zu geraten. Die Reduktion der Staatsquote ist sozusagen das Gesamtkunstwerk dieser Fraktionen geworden, obschon die Mehrkosten einer alternden Bevölkerung zwangsläufig zu höherer Umverteilung führt. Für den Wohlstand der Schweiz ist nicht die Staatsquote, sondern das Wirtschaftswachstum und das ökologische Gleichgewicht entscheidend. Nachhaltige Investitions-Chancen ergeben sich in den

nächsten Jahren durchaus. Als neue und rasch wachsende Märkte wären zu entwickeln:

- Der Ersatz fossiler und atomarer Brennstoffe durch erneuerbare Energien
- Die beschleunigte Verbesserung des öffentlichen Verkehrs auf lokaler Basis und durch europäische Hochgeschwindigkeits-Verbindungen
- Die Verbesserung der Energieeffizienz in Haushalten und Betrieben
- Die Verbesserung der öffentlichen Sicherheit durch strengere Waffengesetze und Integration von Zugewanderten und Randgruppen
- Die Schaffung eines effizienteren Gesundheitssystems durch regionale Planung statt Kantönligkeit sowie Konzentration der Spitzenmedizin.

Die ökologische Frage ist zentral und vordringlich. Hier wurde in den letzten Jahren in der Schweiz am wenigsten geleistet. Wir befinden uns nicht nur an der Schwelle eines neuen Krieges, sondern auch an der Schwelle der nächsten Ölkrise. Die zunehmende Verknappung der fossilen Ressourcen wird wohl erst im Laufe dieses Jahrzehnts richtig manifest werden, und George W. Bush, der Mann mit dem kleinen Hirn und der grossen Armee, hat dies sehr wohl begriffen, es ist vielleicht das Zentrale, was ihn motiviert und am Anfang dieses verbrecherischen Krieges steht.

Dabei ist festzuhalten, dass ein Krieg um Öl langfristig nicht nur zwecklos ist – auch ein Irak kann den Durst der USA nicht stillen – sondern auch allen Notwendigkeiten des Klimaschutzes und allen technologischen Trends zuwiderläuft.

Wir befinden uns heute – anders als in den 70er Jahren – in der komfortablen Lage, dass wir über eine Vielzahl neuer Technologien verfügen, die die nichterneuerbaren Energien ablösen können und nebenbei auch deren zahlreiche schädliche Nebenwirkungen wie Luftverschmutzung, Ölpest im Meer und Klimafährdung. Ich habe einige dieser Techniken schon genannt: Windenergie wird schon im nächsten Jahrzehnt die Atomenergie überholen und ist geeignet, den Stromverbrauch weltweit zu decken. Auch mit Geothermie kann man – zumindest in der Schweiz – den Energieverbrauch befriedigen, und andere Techniken wie Minerale, Solar- und Biomasse machen zumindest im Ausland grosse Fortschritte.

Die Schweiz wie gesagt, entzieht sich bisher dieser Dynamik. Wir sollen zum atomaren Heimatmuseum werden, ein Museum der Giftklasse 1 mit Langzeitfolgen. Wir sind das einzige Land in Westeuropa, wo der Anteil der erneuerbaren Energie rückläufig ist.

Dies ganz im Gegensatz zu den Ländern der europäischen Union. Dort geht es vorwärts. In Deutschland wird zum Beispiel alle 4 Monate soviel neue Windkraft errichtet, dass das Atomkraftwerk Mühlberg ersetzt werden kann. Windkraft gehört zu jenen Boombranchen, die auch noch in der Krise florieren. Die erneuerbaren Energien können in ihrer Bedeutung langfristig gar nicht überschätzt werden. Wir haben es mit einer neuen industriellen Revolution zu tun. Das Ölzeitalter geht zu Ende. Wahrscheinlich schneller als manche vermuten. Der Staat muss hier lenkend eingreifen, den Investoren Sicherheit bieten und brutalen Schocks für Wirtschaft und Konsumenten vorbeugen.

Die Hausaufgaben der Politik

- Möglich gemacht hat dies ein erneuerbare Energiengesetz in Deutschland, welches den Dänen abgekupfert wurde. Ein solches Gesetz brauchen wir auch in der Schweiz.
- Ferner kann eine stringente Umsetzung des CO₂-Gesetz zur Investitionssicherheit beitragen. Wenn der Verteuerungspfad der fossilen Energien bekannt ist, kann früh investiert werden und das Kapital bringt dann einen gesicherten Nutzen.
- Markteinführungsprogramme für neue Techniken
- Zugang zu Bürgschaften und Risikogarantien für die Verstromung von Holz, Biogas, Kompost, Geothermische Anlagen, Solaranlagen, Renovation von Wasserkraftwerken, Sanierung von Elektroheizungen
- Verbesserung von Aus- und Weiterbildung
- Verlagerung der Energieforschung zu den erneuerbaren Energien

Die Investitionsmöglichkeiten für Pensionskassen wären in der Tat sehr gross, denn nach wie vor sind Technologien zur Energieerzeugung sehr kapitalintensiv. Die erneuerbaren Energien bestehen ja fast nur aus Kapital, die übrigen Kosten sind oft zu vernachlässigen

Als Beispiel nenne ich das Geothermische Kraftwerk, welches derzeit im Kt. Basel-Stadt geplant und umgesetzt wird. Es kostet 86 Millionen Franken und wird 5000 Haushalte mit Strom und Wärme versorgen. Die Potentiale für solche Anlagen sind in der Schweiz riesengross. Pensionskassen würden sofort investieren, wenn der Bund diese Anlagen mittels Bürgschaften und garantierten Einspeisetarifen fördern würde.

Aber grüne Investitionsmöglichkeiten gibt es auch im Ausland. Mit Windkraft lässt sich auf 10% der Nordseefläche der ganze Stromverbrauch von Europa erzeugen. Der nächste Wachstumszyklus wird

ein grüner Wachstumszyklus sein. Nach dem Zeitalter der Kohle, der Eisenbahn, der Elektrizität und der Informatik steht heute die Ablösung der fossilen Energien an, und dieser Prozess wird viele Jahrzehnte dauern.

Grüne Investitionen von Pensionskassen sind wünschenswert, aber sie funktionieren nur, wenn auch die Politik Schritt hält. Hier liegt im Moment das grosse Defizit, denn die ehemals staatstragende SVP ist in Sachen Umwelt auf dem Kurs der früheren Autopartei.

Ohne Vorschriften und Abwasser-Abgaben wäre wohl nie eine einzige Kläranlage entwickelt und gebaut worden. Ohne Gebote und Verbote gegen Umweltverschmutzung und ohne Verteuerung von knappen Umweltgütern durch Abgaben bleiben die grünen Portefeuille wenig ertragsträchtig.

Erst staatliche Rahmenbedingungen führen zum Erfolg. Eine solche grün orientierte Gesamtpolitik für Investments fehlt heute, doch wenigstens kennen wir die Rezepte. Wir wissen, wo wir hin wollen und es gibt kein zweifel, dass auch die Schweiz eines Tages, wenn auch mit grosser Verspätung, vom Ausland lernen wird.